



Pressekonferenz

Mittwoch, 27. Mai 2020

Landeshauptmann Markus Wallner

Bürgermeisterin Andrea Kaufmann

(Amtsführende Vizepräsidentin Vorarlberger Gemeindeverband)

Titelbild: © Land Vorarlberg

Land und Gemeinden vereint im Kampf gegen Corona-Krise

Land und Gemeinden vereint im Kampf gegen die Corona-Krise

Auftakt für Gespräche zwischen Land und Gemeindeverband

Zur Bewältigung der Corona-Krise haben Land und Vorarlberger Gemeinden von allem Anfang an intensiv zusammengearbeitet. Durch höhere Ausgaben auf der einen und stark reduzierten Einnahmen auf der anderen Seite sind die Gemeinden allerdings in eine äußerst schwierige finanzielle Lage geraten. Als „gute Grundlage“ werten Landeshauptmann Markus Wallner und die amtsführende Gemeindeverbandsvizepräsidentin Bürgermeisterin Andrea Kaufmann das zu Wochenbeginn präsentierte Gemeindeinvestitionspaket der Bundesregierung in Gesamthöhe von einer Milliarde Euro. Ergänzend verhandeln Land und Gemeindeverband ein zusätzliches Paket zur finanziellen Unterstützung der 96 Vorarlberger Gemeinden. „Das heutige Gespräch markiert den Auftakt“, erklärten Wallner und Kaufmann.

Über das Gemeindeinvestitionspaket der Bundesregierung werden Städte und Gemeinden bei wichtigen kommunalen Projekten im Bereich des Infrastrukturausbaus finanziell unterstützt. So ist sichergestellt, dass für die Gemeindeentwicklung wesentliche Vorhaben nicht ausgesetzt bzw. verschoben werden müssen. Zugleich wird die Wirtschaft vor Ort unterstützt. „Das Paket setzt damit einen wichtigen Impuls für das wirtschaftliche Comeback des Landes, weil es einerseits für Wertschöpfung sorgt und andererseits Arbeitsplätze schafft und sichert“, so Wallner. Positiv sei, dass jede Gemeinde eine Unterstützung erhalten wird, so der Landeshauptmann.

Investitionsförderung des Bundes zur Ankurbelung der Wirtschaft

Nicht nur bei der Kinderbetreuung, sondern in etlichen anderen Wirkungsbereichen haben Städte und Gemeinden im Laufe der Corona-Krise ihre Aufgaben weiter wie gewohnt in hoher Qualität verrichtet und damit wesentlich dazu beigetragen, dass Vorarlberg die schwierige Situation deutlich besser als andere Regionen meistern konnte. Mit der Aufgabenbewältigung sind die Ausgaben jedoch gestiegen und parallel die Einnahmen teils extrem gesunken, so Dornbirns Bürgermeisterin Andrea Kaufmann, die das von Bundesseite angekündigte Paket daher ausdrücklich begrüßt. „Mit dem Investitionsprogramm für die Städte und Gemeinden können notwendige Investitionen aufrechterhalten und so die Wirtschaft gestärkt werden“, verdeutlicht die Gemeindeverbandsvizepräsidentin. Unterstützt werden unter anderem Investitionen in Kindergärten, Schulen, Betreuungseinrichtungen für Senioren oder Sportstätten, in Kirchen, Museen und andere Kultureinrichtungen, in den öffentlichen Verkehr, in den Bereich Energieeinsparung bzw. Errichtung von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen (Ladeinfrastruktur, Photovoltaikanlagen, E Mobilität) oder in den weiteren Breitbandausbau.

Ökologischer Schwerpunkt

Die Aufteilung der Finanzmittel an die Gemeinden erfolgt nach einem Mischschlüssel aus Einwohnerzahl und abgestuftem Bevölkerungsschlüssel. Der Bund übernimmt bis zu 50 Prozent der Projektkosten. Dabei werden bereits begonnene und neue Projekte gefördert. Das Paket zeichnet zudem ein starker ökologischer Schwerpunkt aus. Ziel ist es, mindestens 20 Prozent der Mittel für ökologische Maßnahmen zu verwenden. Nach Berechnungen des Landes könnten

Vorarlbergs Städte und Gemeinden in Summe über 43,45 Millionen Euro an Bundesmitteln abrufen.

Zusätzliches Paket für Vorarlberg

Ergänzend dazu wollen Land und Gemeindeverband ein zusätzliches Paket zur finanziellen Unterstützung der 96 Vorarlberger Gemeinden erarbeiten. Für die Landeskasse rechnet Landeshauptmann Markus Wallner mit rund 100 Millionen Euro, die weniger hereinkommen. Nach internen Berechnungen des Gemeindeverbands sind es zwischen 85 und 90 Millionen Euro, die den Gemeinden in Vorarlberg fehlen werden. Die größten Positionen betreffen dabei die Einnahmefälle aus den Ertragsanteilen, der Kommunalsteuer und den Tourismusabgaben sowie der Ersatz bei den Elternbeiträgen im Bereich der Kinder- und Schülerbetreuung und den Musikschulen. Während bei den Abgaben mit Ausfällen von bis zu 50 Prozent zu rechnen ist, entfallen die Elternbeiträge in den betroffenen Monaten fast zur Gänze. In Vorarlberg ist dabei aufgrund des hohen Lohn- und Preisniveaus mit besonders hohen Einbußen zu rechnen.

Mit ihrem heutigen Treffen haben Wallner und Kaufmann den Startschuss für vertiefende Gespräche gegeben. „Wir schauen uns gemeinsam ganz genau an, wie eine weitere Hilfestellung für unsere Gemeinden aussehen kann“, stellt der Landeshauptmann klar. Im Vordergrund steht, den Gemeinden bei der Bewältigung ihrer vielseitigen Aufgaben finanziell den Rücken zu stärken und sie, wo es möglich ist, wirksam zu entlasten, so Wallner.

Kinderbetreuung im Fokus

Neben anderen Wirkungsbereichen werde ein starker Fokus auf der Kinderbetreuung liegen, kündigt der Landeshauptmann an: „Gerade auch in diesem Bereich haben Städte und Gemeinden ebenso wie private Träger zusammen mit allen engagierten Mitarbeitenden in den vergangenen Wochen großartige Arbeit geleistet“. Land und Gemeinden haben privaten Kindergärten, Kinderbetreuungseinrichtungen und Spielgruppen im Falle von Liquiditätsengpässen oder bei Einnahmenverlusten, die nicht aus Maßnahmen aus den Covid-19-Gesetzen abgedeckt werden, finanzielle Hilfestellung zugesichert. Dabei teilen sich Land und Gemeinden die Abgeltungen im Verhältnis 60:40. Auf Land und die Gemeinden entfallen bis zu 520.000 Euro im Monat.

Ebenso werden weitere Förderungen, die grundsätzlich an die Elternbeiträge anknüpfen, weiter gewährt, auch wenn teilweise keine Elternbeiträge eingehoben werden. Und auch die Förderung der Kinderbetreuung durch Tageseltern bleibt erhalten, obwohl die Betreuung während der Corona-Krise nur eingeschränkt in Anspruch genommen wird.

Weiters hat die Landesregierung auch für das 1. Quartal 2020 die Übernahme ihrer 60- bis 75-prozentigen Personalkostenbeiträge in den elementarpädagogischen Einrichtungen beschlossen, auch wenn die richtliniengemäßen Voraussetzungen für diese Förderungen nicht, oder nur teilweise erfüllt waren. Die Gemeinden und privaten Betreiber erhalten dafür in Summe mehr als 16 Millionen Euro. „Die Erhaltung des gut ausgebauten Kinderbetreuungsangebotes in Vorarlberg

ist von entscheidender Bedeutung für die Bewältigung der Krise“, sind sich Wallner und Kaufmann einig.

Gemeinden tragen erhöhtem Bedarf im Sommer Rechnung

Im Zuge der Corona-Krise rechnen Vorarlbergs Städte und Gemeinden für den Sommer mit einem erhöhten Kinderbetreuungsbedarf. Das bestätigt auch eine derzeit laufende Umfrage des Vorarlberger Gemeindeverbands. Rund die Hälfte der Gemeinden haben ihre Erfahrungen und Planungen bisher rückgemeldet. Ein Drittel der Gemeinden gehen bereits fix von einem erhöhten Betreuungsbedarf aus, ein Drittel ist noch in der Bedarfserhebung.

„Die Vorarlberger Gemeinden reagieren flexibel auf den erhöhten Bedarf und bemühen sich sehr, diesen bestmöglich abzudecken“, so die amtsführende Vizepräsidentin des Vorarlberger Gemeindeverbands Kaufmann. Um diesen erhöhten Bedarf abzudecken, planen die Gemeinden die Öffnungszeiten der Einrichtungen im Sommer auszuweiten oder eigens ein Sommerprogramm anzubieten. Erfreulicherweise erfolgt dies vor allem in kleineren Gemeinden in Form von Gemeindekooperationen.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar